

Bund und Länder auf der CeBIT	2
Lehrerarbeitsmarkt: Schülerberg und Pensionierungswelle	3
Altersteilzeit: Starker Anstieg	3
Thüringen: Kündigungen	4
Hessen: Leistungszulagen und Wegstreckenentschädigung	4

INFORMATIONEN

für Beamtinnen und Beamte

„Krisenhafte Lage“: GEW-Bericht zum Lehrerarbeitsmarkt Schweinezyklus

Kennen Sie den Schweinezyklus? Wenn Schweinefleisch knapp und die Preise hoch sind, fangen die Bauern an, Schweine zu züchten. – Doch wenn diese endlich schlachtreif sind, gibt es so viele, dass die Preise purzeln ...

Die GEW erkennt auf dem Lehrerarbeitsmarkt den gleichen Mechanismus. Die Vorsitzende Eva-Maria Stange fordert daher, den „personalpolitischen Schweinezyklus“ durch eine kontinuierliche Einstellungspolitik zu ersetzen.

Die Gewerkschaft könnte sich fühlen wie Oskar Lafontaine. Der SPD-Kanzlerkandidat von 1990 warnte, die deutsche Einheit sei nicht aus der Portokasse zu bezahlen. Hören wollte das niemand. Den Lehrermangel sah die GEW schon damals voraus. Doch angesichts leerer Kassen säbelten die Länder lieber an Besoldung und Arbeitsbedingungen herum, als sich auf steigende SchülerInnenzahlen und eine Pensionierungswelle zur Jahrtausendwende vorzubereiten.

Im GEW-Bericht zum Lehrerarbeitsmarkt konstatierte Eva-Maria Stange am 20. März einen „Übergang von jahrzehntelanger Lehrerarbeitslosigkeit zum Nachwuchsmangel“ und verlangte: „Der chronische Lehrermangel darf nicht länger durch Unterrichtsausfall, größere Klassen, Arbeitszeitverlängerungen für Lehrkräfte und Verschlechterungen der Lehr- und Lernbedingungen kaschiert werden.“ Eine Initiative für den Lehrerberuf und zur Qualitätssicherung von Schule sei von Nöten.

i Mehr über den GEW-Bericht Teilarbeitsmarkt Schule gibt es auf S. 3

Zahn: Mit ver.di wird die DGB-Beamtenpolitik gestärkt

Ziel bleibt, Koalitionsrechte durchzusetzen

Christian Zahn heißt der Chef-Beamtenpolitiker von ver.di. Der 52-jährige Jurist war bereits im Bundesvorstand der DAG für den öffentlichen Dienst verantwortlich. Er kennt sich im Tarif- und Besoldungsgeschäft bestens aus und schmiedete 1995 die Kooperation mit der ÖTV.



Chrisitan Zahn
Foto: Claudia Misiek

Wie fühlt man sich als „gelernter DAG-Gewerkschafter“ im DGB?

Zahn: Ich habe als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft für Angestellte die Koalition mit dem Deutschen Beamtenbund erlebt. Wir haben diese Koalition 1994 aufgelöst und 1995 die Kooperation mit der ÖTV begonnen. Ver.di ist ein Stück „Erfüllung der Geschichte“, zumal die DAG Gründungsmitglied des DGB war. Ich bin stolz, das mitzuerleben.

Wie kommt ein Ex-Vorstandsmitglied der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zur Beamtenpolitik?

Zahn: Ich bin seit 1987 im DAG-Bundesvorstand für den öffentlichen Dienst zuständig. Da hatte ich natürlich mit der Beamtenpolitik zu tun, in der Tarif- und Besoldungsrunde oder im Verhältnis von Zusatz- und Beamtenversorgung. Außerdem hatten wir in der DAG eine kleine aber nicht einflusslose Gruppe der Beamtinnen und Beamten.

Wie wird ver.di die Interessen der Beamtinnen und Beamten vertreten?

Zahn: Ver.di ist die größte Beamtengewerkschaft mit über 300.000 beamteten

Mitgliedern. Sie bilden eine Personengruppe, die fachbereichsübergreifend organisiert ist, mit eigenen Bund-Länder-Strukturen und eigener hauptamtlicher Betreuung. In den Fachbereichen selbst findet natürlich auch Beamtenpolitik statt.

Welche beamtenpolitischen Schwerpunkte hat ver.di in nächster Zeit?

Zahn: Das Beamtenrecht ist eingebettet in die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Unser zentrales Ziel bleibt, nach dem Slogan „Verhandeln statt Verordnen“ Koalitionsrechte für Beamtinnen und Beamte durchzusetzen. Viele unserer Mitglieder arbeiten bei Post und Telekom, die an der Börse notiert sind. Dass Beschäftigte in solchen Unternehmen keine Koalitionsrechte genießen, bloß weil sie im Beamtenstatus arbeiten, ist politisch nicht nachvollziehbar und rechtlich höchst problematisch.

Könnten die beamteten AG-Beschäftigten als Eisbrecher dienen?

Zahn: Wir hegen große Hoffnungen, dass wir an dieser Stelle den Durchbruch schaffen. Denn bei Post und Telekom wird deutlich, wie überfällig Koalitionsrechte für Beamtinnen und Beamte sind.

Wie soll es mit der Beamtenausbildung weitergehen?



Fortsetzung von Seite 1

Zahn: Hier muss ein doppelter Prozess stattfinden. Die Beamtenausbildung muss für andere Beschäftigtengruppen geöffnet werden. Ein den Fachhochschulen adäquater Qualitätsstandard muss aber auch erhalten bleiben. Die Verwaltungsfachhochschulen sollen beispielsweise nicht nur im Beamtenverhältnis, sondern auch für gehobene Arbeitnehmerfunktionen ausbilden.

■ Sie tendieren also zu einer Ausbildung an externen Fachhochschulen?

Zahn: Ja, das ist für viele Berufe sicher sinnvoll.

■ Vor kurzem haben die Tarifverhandlungen über die Zusatzversorgung begonnen. Wie werden sie sich auf Beamtinnen und Beamte auswirken?

Zahn: Überhaupt nicht! In der Zusatzversorgung stellen sich Finanzierungsprobleme, die eine spezielle Lösung erfordern. Viel stärker wird sich die Ankündigung auswirken, die Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Versorgung zu übertragen. Langfristig ist jedoch sicherzustellen, dass sich Beamtenversorgung und Arbeitnehmersversorgung nicht voneinander weg entwickeln. Die unterschiedlichen Personengruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

■ Die Bundesregierung hat angekündigt, die Rentenreform „wirkungsgleich“ auf die Beamtenversorgung zu übertragen. Was sagt ver.di dazu?

Zahn: In vielen Jahren erworbene Rechte dürfen nicht mit einem mal strukturell abgebaut werden. Ein völliger Umbau der Beamtenversorgung würde zu erheblichen Einbußen beim Nettoeinkommen führen. Wir können den Gesetzgeber nur zur Vorsicht mahnen. Einzelheiten können wir allerdings derzeit noch nicht erkennen.

■ Wie wird sich in der Beamtenpolitik das Verhältnis von ver.di und DGB gestalten?

Zahn: Wir wollen und brauchen einen starken DGB. Er ist unsere Spitzenorganisation und hat wichtige Aufgaben im Beamtenrecht für die Gewerkschaften wahrzunehmen. Wir setzen auf eine sehr enge Kooperation. Alles andere wäre schlechter als der bisherige Zustand.

i Die Organisationsstruktur der Beamtenarbeit von ver.di ist im Beamten-Info 5/2001 erläutert.

Bund und Länder präsentieren E-Government auf der CeBIT

Fehlstart

Zwei Fehlstarts ins E-Government legten Bund und Länder ausgerechnet zur Computermesse CeBIT hin. Die Zeitschrift Finanztest hatte Sicherheitsmängel bei ELSTER entdeckt. Die virtuelle Steuerklärung musste vom Netz genommen werden. Bayerns Finanzminister Kurt Fallthäuser kündigte an, ELSTER nachzurüsten.

Am 22. März schaltete Bundesinnenminister Otto Schily das Internetportal www.bund.de frei – theoretisch, denn den ganzen Tag über war das Portal nicht erreichbar. Es enthält eine Suchmaschine für Themen, Adressen und Aufgabengebiete von Bundesbehörden. Ein Behördenbaum macht Verwaltungsstrukturen verständlich. In einem redaktionellen Teil wird mit kommentierten Links auf Dienstleistungen des Bundes hingewiesen.

Die CeBIT vom 21. bis 28. März präsentierte E-Government in einer Messe innerhalb der Messe. Die enac europe ist nach eigenen Angaben die weltweit größte IT-Ausstellung für den öffentlichen Sektor. Sie ist Teil von www.enacworld.de, der ersten virtuellen Messe der Deutschen Messe AG. Der Bund stellte seine E-Government-Initiative BundOnline 2005 vor (Beamten-Info 18/2000). Bis zum Jahr 2005 sollen alle internetfähigen Services online bereitstehen.



ANGERISSEN

Der DPG-Beamtenpolitiker Franz Tremel will mit Innenstaatssekretär Fritz Rudolf Körper über das **Streikrecht** für Beamtinnen und Beamte in privatisierten Unternehmen reden.

Mit 48 **Arbeitsunfällen** pro tausend Beschäftigte belegte der öffentliche Dienst in der Statistik 1999 einen Platz im unteren Mittelfeld.

Brandenburgs Finanzministerin Dagmar Ziegler will die Entfristung der **Rahmenvereinbarung** zur sozialverträglichen Verwaltungsoptimierung „prüfen“.

Die ÖTV Sachsen-Anhalt fordert, die **Überleitung** des Personals zu regeln, wenn Landesaufgaben auf Kreise und kreisfreie Städte übertragen werden.

Nach dem Potsdamer Beschluss zur **Polizeireform** warf GdP-Chef Andreas Schuster der Landesregierung vor, nur Interessen von Abgeordneten und Kommunalpolitikern zu bedienen.

„**Blütenträume und Fantasien**“ nannte Bayerns Finanzminister Kurt Fallthäuser die Ankündigung von Innenminister Günther Beckstein, 88 neue Polizeistellen zu schaffen.

Für mehr als 4.000 **kinderreiche** Beamtinnen und Beamte erstritt die DPG rückwirkend eine höhere Bezahlung.

Exklusiv für Deutschlands öffentlichen Dienst!

BSA-Versorgungswerk:

Versichert sein – und Beitrag sparen!

Dem BSA* sei Dank! Jetzt gibt es Versicherungsschutz für BSA-Mitglieder mit spürbaren Beitragsvorteilen von bis zu 5,5%. Beim privaten Rundumschutz. Bei der Altersvorsorge. Bei der Dienstunfähigkeitsabsicherung – z.B. mit dem Einkommen-Sicherungsplan. Und – neuerdings – auch bei der privaten Krankenversicherung.

Profitieren auch Sie von einer Mitgliedschaft im BSA! Sicherheitshalber.

* Das BSA-Versorgungswerk ist eine Gründung des für die Vermittlung von Einkaufsvorteilen bekannten BSW Verbraucher-Service in Zusammenarbeit mit der DBV-Winterthur.

NEU: Jetzt auch Beitragsvorteile bei der privaten Krankenversicherung!

DBV-Winterthur Versicherungen
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden
Telefon (01 80) 3 20 21 46
Telefax (01 80) 3 20 21 47

Die Unkomplizierten.

DBV-winterthur

Lehrermarkts: Schülerberg und Pensionierungswelle

Abgewandert, abgeworfen

Eine krisenhafte Lage konstatiert die GEW in ihrem Bericht zum Lehrerberbeitsmarkt. Mangel und Arbeitslosigkeit existieren parallel. Ab 2005 fehlen tausende Pädagoginnen und Pädagogen. Die Gewerkschaft fordert attraktivere Arbeitsbedingungen und Qualitätssicherung.

Anfang des Schuljahres rückte Hessen mit einer Abwerbekampagne den Lehrermangel in den Blick. Doch hinter dem, was die schwarz-gelbe Landesregierung als Initiative verkaufte, um den Unterricht zu sichern, entdeckt der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm auch nur einen Trick zum Sparen: Hessen zählt zu den Ländern mit der geringsten Quote bei der Lehrerausbildung. „Die Ausgaben für die Werbemaßnahmen konnten leicht aus den im Land gesparten Ausbildungsausgaben finanziert werden – zu Lasten der in der Lehrerausbildung engagierten Länder“, so Klemm am 20. März bei der Vorstellung des GEW-Berichts zum Lehrerberbeitsmarkt.

GEW-Vorstandsmitglied Heiko Gosch gewinnt der Abwerbung dennoch etwas Positives ab: „Zum ersten Mal seit Jahrzehnten haben LehrerInnen die Möglichkeit, nicht nur an einem zentralen Einstellungsverfahren mit unsicherem Ausgang teilzunehmen, sondern ihren Arbeitsplatz teilweise selbst zu bestimmen.“

Gleichwohl zeichnet sich eine dramatische Krise ab: „Es ist davon auszugehen,

dass in den kommenden zehn Jahren rund die Hälfte der gesamten Lehrerschaft aus dem aktiven Schuldienst ausscheiden wird“, stellte die Kultusministerkonferenz am 22. Februar fest (siehe Tabelle und Beamten-Info 19/2000). Einen Monat später lieferte die GEW Fakten: Da die alten Länder in den 90-er Jahren nie bedarfsgerecht eingestellt haben, fehlen etwa 50.000 LehrerInnen. In den kommenden Jahren steigt der Bedarf weiter. Damit kann die Zahl der BerufsanfängerInnen von derzeit gut 20.000 im Jahr nicht Schritt halten. „Wir rechnen mit einem drastischen Lehrermangel in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts“, kommentiert Heiko Gosch.

Mehr Einstellungen

Im laufenden Schuljahr wurden in den westlichen Ländern rund 25.400 LehrerInnen eingestellt (Vorjahr 18.600), in Berlin 1.003 und in Ostdeutschland 1.787 (Vorjahr 1.634). Abgelehnt wurden rund 30.000 BewerberInnen. Die in den alten Ländern sprunghaft gestiegene Zahl erklärt der Bildungsforscher Klaus Klemm mit Protesten gegen Unterrichtsausfall und große Klassen sowie mit einer Pensionierungswelle, um dem verschlechterten Versorgungsrecht zuvorzukommen.

Die SchülerInnenzahlen entwickeln sich auseinander. Im Westen der Republik füllen die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge die Schulen. Im Osten leeren einigungsbedingte Geburtenrückgänge die Klassenräume. Paradox: Lehrermangel und Lehrerberbeits-

losigkeit existieren hier wie dort parallel. Die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen in den neuen Ländern sind inzwischen so schlecht, dass Einstellungskorridore nicht ausgeschöpft werden. BewerberInnen wandern lieber in den Westen ab.

Arbeitslos sind LehrerInnen vor allem in der Primarstufe, in geistes- und in sozialwissenschaftlichen Fächern. Steigenden Bedarf gibt es an Berufsschulen, in den Naturwissenschaften und Sprachen.

Abhilfe schaffen sollen laut GEW attraktivere Arbeitsbedingungen, ein besseres Image für den Lehrerberuf und Umschulungen. Zur „Sofortmaßnahme“ erklärt Heiko Gosch die Rücknahme der Kürzungen bei den Anwärterbezügen (siehe Tabelle) und anderer Maßnahmen zur Abschreckung vom Lehrerberuf. Klare Prioritäten setzt die GEW bei der Umschulung: Arbeitslose LehrerInnen sollen für Mangelfächer qualifiziert werden, statt InformatikerInnen oder NaturwissenschaftlerInnen für die Schule fit zu machen. Denn LehrerInnen seien die „Fachleute des Lernens“ – unabhängig vom Schulfach. Und „pädagogische Leichtgewichte“, so Heiko Gosch, gefährdeten die Qualität des Unterrichts.

 Den vollständigen GEW-Bericht zum Teilarbeitsmarkt Schule gibt es im Internet unter www.gew.de/wissen/wissenspool

Altersstruktur der LehrerInnen


	1970	1998
unter 30 Jahre	30	4
30 – 34 Jahre	19	7
35 – 39 Jahre	10	11
40 – 44 Jahre	11	19
45 – 49 Jahre	11	24
50 – 54 Jahre	6	16
55 – 59 Jahre	7	15
60 – 64 Jahre	5	3

Angaben in Prozent
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Entwicklung der Anwärterbezüge

	verheiratet, 27 Jahre		ledig, 27 Jahre	
	1. Mai 1981	1. Januar 2001	1. Mai 1981	1. Januar 2001
Grundbetrag	1.624 DM	1.817,46 DM	1.624 DM	1.817,46 DM
Verheirateten-zuschlag	370 DM	189,42 DM		
Bruttobezüge	1.994 DM	2.006,88 DM	1.624 DM	1.817,46 DM
in % der Besoldung				
A 12	71,54	41,14	60,89	38,76

Quelle: GEW-Bericht zum Teilarbeitsmarkt Schule
Die Bezüge eines verheirateten Referendars im Alter von 27 Jahren sind seit 1981 in mehreren Schritten von 71,54 Prozent auf 41,14 Prozent, die eines Ledigen von 60,89 Prozent auf 38,76 Prozent der Eingangsbesoldung abgesenkt worden.

 **FAXABRUF**

02 11/43 01-152 DGB-Stellungnahme zur Änderung mutterschutz- und urlaubsrechtlicher Vorschriften

02 11/43 01-156 Info-Service:
Lieferbare Publikationen des DGB für den öffentlichen Dienst/Beamte.

LANDESNACHRICHTEN
Thüringen

Kündigungen

Das Thüringer Kultusministerium hat die Schulämter beauftragt, bis zum 31. März 532 Lehrkräften und 105 Horterzieherinnen zu kündigen. Dies ist Teil des geplanten Abbaus von 7.250 Stellen bis 2005. Hintergrund sind sinkende Schülerzahlen. Nach Berechnungen der GEW lassen sich damit allerdings allenfalls 3.300 Stellen begründen. Als Hürde erweisen sich die von der GEW ausgehandelten Teilzeitmodelle, die mit einem individuellem Kündigungsschutz verbunden sind. Mancherorts übersteigt die Zahl der zu Kündigenden die Zahl jener, die diesen Schutz nicht genießen. GEW-Chef Jürgen Röhreich hat allen betroffenen Gewerkschaftsmitgliedern Rechtsschutz angeboten.

Weniger Bürokratie

Mit einem Bericht hat Wirtschaftsstaatssekretärin Margareta Wolf den „Stand der Initiative Abbau bürokratischer Hemmnisse“ bilanziert. Seit Herbst 1999 befasst sich damit eine Projektgruppe. Schwerpunkte sind Informationstechnologie, Vereinheitlichung und Übersichtlichkeit, Service, Anträge und Genehmigungen, Abführung von Steuern und Statistik.

i Der Bericht steht im Internet unter www.staat-modern.de/projekte/beschreib/Daten/abbau.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 030/2 40 60-2 51,
Fax: 030/2 40 60-2 66
beamten.info@bundesvorstand.dgb.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid
Sehrbrock; Redaktion: Medienbüro
Dorothee Beck, Uwe Tillmann; Druck:
toennes satz + druck gmbh, erkrath;
Gestaltung: tw mediendesign

LANDESNACHRICHTEN
Hessen

Leistung

Ende November 2000 beschloss die hessische Landesregierung, in der Landesverwaltung modellhaft Leistungszulagen und -prämien zu erproben. Obwohl eine tarifrechtliche Regelung fehlt, ist dies auch für Angestellte und ArbeiterInnen vorgesehen. Nach gegenwärtigem Stand wollen sich die Staatskanzlei, das Justizministerium, die Technische Universität Darmstadt und das Sozialministerium an dem Modell beteiligen. Im Bereich des Justizministeriums sollen Teile der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften, der Fachgerichtsbarkeit sowie des Justizvollzuges einbezogen werden. Im Bereich des Sozialministeriums soll die Zulage ausschließlich in der Lebensmittelkontrolle „im Hinblick auf die ... hohen Belastungen ... aufgrund der BSE-Krise“ gezahlt werden, und zwar einmalig 1.000 Mark. Ein erster Erfahrungsbericht ist für den 31. März angekündigt.

Dienstfahrten

Auch Hessen will die Sätze der Wegstreckenentschädigung für dienstliche Fahrten mit dem privaten Auto erhöhen. Rückwirkend zum 1. Januar sollen pro gefahrenen Kilometer 58 Pfennig bis 10.000 Kilometer im Jahr und 43 Pfennig darüber hinaus gezahlt werden. „Mit dieser Entscheidung gibt Hessen endlich den Forderungen der DGB-Gewerkschaften und Personalräte nach“, erklärte Christian Rothländer von der ÖTV Hessen. Allerdings sei das unter ökologischen Gesichtspunkten nicht ausreichend. Rothländer plädiert dafür, den öffentlichen Nahverkehr stärker zu nutzen und in den Dienststellen umweltverträglichere Leasing-Fahrzeuge anzuschaffen.

Reform in Brüssel

EU-Kommissar Neil Kinnock hat eine Reform der Personalpolitik der Kommission in Angriff genommen. Ende Februar diskutierte zum ersten Mal das Europäische Parlament. Kern: Die Besoldung soll leistungsorientiert modernisiert und die Zulagen gestrafft werden. Auch das (beitragsgestützte) Versorgungssystem steht auf dem Prüfstand. Beamtinnen und Beamte, die ab 2005 eingestellt werden, sollen in einen Pensionsfonds einzahlen, der alle fünf Jahre versicherungsmathematisch überprüft wird.

In elf Punkten hat Kinnock seine Reformpläne gefasst. Dazu gehören eine gestraffte Einstellungspolitik, durchlässigere Laufbahnen und mehr berufliche Mobilität, jährliche Beurteilungen und ein fünfmal höheres Fortbildungsangebot in den kommenden fünf Jahren.

Für die Reform, die bis 2003 umgesetzt werden soll, hat Kinnock nur zehn Millionen Euro zusätzlich veranschlagt. Der Löwenanteil wird durch Umverteilung finanziert.

7 3 8 2 ZAHLEN.DATEN.FAKTEN

Altersteilzeit im öffentlichen Dienst

	Beamtinnen/ Beamte		Angestellte		ArbeiterInnen	
	1999	2000	1999	2000	1999	2000
Bund	2.006	3.400	1.244	2.600	842	2.500
Länder	92	5.200	4.940	12.400	1.071	2.600
Gemeinden	9	300	5.908	12.400	2.647	5.400
kommunale Zweckverbände	1	0	244	400	147	300
mittelbarer Dienst	558	1.300	3.072	7.300	229	1.300
Summe	2.666	10.200	15.408	35.100	4.936	12.100

Angaben: Bund inkl. Bundeseisenbahnvermögen; Zahlen für 2000 vorläufig

Quelle: Statistisches Bundesamt

Von Mitte 1999 bis Mitte 2000 ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Altersteilzeit praktizieren, um 150 Prozent gestiegen. Neun Prozent der Berechtigten haben einen Antrag gestellt. Bei den Beamtinnen und Beamten betrug der Anteil nur vier Prozent. Die geringe Quote könnte damit zu erklären sein, dass Mitte 2000 einige Länder die beamtenrechtliche Altersteilzeit noch gar nicht oder mit schlechteren Regelungen eingeführt hatten. Dagegen entschieden sich 13 Prozent der anspruchsberechtigten Angestellten und zwölf Prozent der ArbeiterInnen für den gleitenden Ausstieg aus dem Berufsleben.